

Widerstand gegen Deutschklassen

Die für Herbst geplanten Deutschklassen sollen Kinder mit Migrationshintergrund ganz bewusst und gezielt von den restlichen SchülerInnen trennen. Alle Erfahrung und ExpertInnen sind dagegen. Sie sind auch ein weiterer Schritt zur sozialen Selektion – und schaden allen Kindern! Doch es regt sich Widerstand und es gibt Alternativen dazu.

Seite 2

Irland: Sieg für Frauen

Am 25. Mai wurden Abtreibungsverbot und „Artikel 8“ von 66% abgelehnt. Doch die Katholische Kirche dominiert nach wie vor Bildungs- und Gesundheitswesen. Der Kampf um die Umsetzung geht also weiter. Keishia Taylor von der sozialistisch-feministischen Organisation ROSA aus Irland berichtet über die Kampagne.

Seite 12

Schwerpunkt

Vor zehn Jahren begann die Krise, vorbei ist sie nicht wirklich. Wir liefern eine Übersicht über wirtschaftliche und politische Krisen und Lösungen im Interesse der ArbeiterInnenklasse.

Seiten 7–10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 269 | 07/08.18

Es reicht: Streik jetzt!

Die Regierung macht Politik für die Superreichen. Zahlen dafür sollen wir alle: Durch erhöhten Arbeitsdruck, niedrige Löhne und Kürzungen bei Sozialleistungen. Der Angriff auf die Mindestsicherung ist ein Paradebeispiel: Zuerst wollen sie uns rassistisch spalten und jene angreifen, die sich am schwierigsten wehren können – nur um schließlich bei allen zu kürzen.

Die Regierung greift uns auf unterschiedlichen Feldern an. Statt später getrennt zu kämpfen, müssen wir JETZT gemeinsam

Betriebsrätekonferenzen und die Massendemonstration vom 30. Juni zeigen die Entschlossenheit. Doch die Gewerkschaftsführung zögert. Wir werden die Angriffe nicht mit Petitionen oder per Gericht stoppen. Wir müssen die Superreichen und ihre Regierung dort treffen, wo es weh tut: bei den Profiten! Den Klassenkampf von oben müssen wir endlich mit Klassenkampf von unten kontern – und dazu gehören auch Streiks. Ein offensives Auftreten der Gewerkschaften bei Kollektivvertragsver-



Regierung will 12-h-Tag, Kürzungen bei Mindestsicherung & Arbeitslosen, Angriffe auf Gewerkschaften – Widerstand Jetzt!

aktiv werden. In den Betrieben gärt es. Die Mehrheit unterstützt Streiks gegen den 12-Stunden-Tag. Hinzu kommt der Widerstand gegen den Rassismus der Regierung, Proteste im Bildungswesen, von Frauen, von Lehrlingen usw.

handlungen kann einen gemeinsamen Kampf begleiten, aber nicht ersetzen. Nach einem Beschluss ist es weit schwieriger, aber nicht unmöglich, eine Maßnahme rückgängig zu machen. Wir brauchen einen Aktionsplan, der die Summe dieser An-

griffe stoppen und echte Verbesserungen erreichen kann. Wir müssen uns jetzt vernetzen, in Betrieben und Nachbarschaften. Um uns wirkungsvoll zu wehren, können wir Aktionskomitees aufbauen. So können alle in die Organisation von Ak-

tionen eingebunden sein. Eine massenhafte Streikbewegung kann auch die gesamte Regierung ins Wanken bringen. Doch die Erfahrung zeigt, dass die anderen etablierten Parteien die Verschlechterungen nicht rückgängig machen werden. Wir brauchen eine echte Partei für ArbeiterInnen, die mit der kapitalistischen Logik bricht – um den gesellschaftlichen Reichtum, den wir schaffen, im Interesse der Menschen und

nicht der Profite einzusetzen.

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Bilden wir demokratische Aktionskomitees in Betrieben und Nachbarschaften!
- Wir können uns keine Kompromisse leisten – gemeinsam alle Verschlechterungen abwehren!
- Generalstreik gegen Generalangriff!

Der Standpunkt

von Sonja Grusch Auffällig oft berufen sich Regierungsmitglieder auf „Volkes Stimme“. Allerdings nur, wenn sie ihnen in den Kram passt. Da werden dann Facebook-Diskussionen und ähnliches als Argumentationsgrundlage für Regierungsmaßnahmen genommen. Dass Stimmungsmache in Foren und auf Facebook zum überwiegenden Teil durch (oft bezahlte) Kommentare erfolgt, ist allerdings nicht erst seit dem jüngsten Facebookskandal bekannt. Der Regierung ist das wurscht, Hauptsache es hilft.

In Polen bediente sich die ultrakonservative Regierung einer sogenannten „parlamentarischen Bürgerinitiative“, um das ohnehin kaum vorhandene Recht auf Abtreibung weiter einzuschränken. Eine solche „Initiative“ gibt es nun auch hierzulande. Ausgehend ist sie allerdings weniger von „BürgerInnen“ als von christlich-fundamentalistischen Organisationen, die

Kurz Polnisch lernen

schon in der Vergangenheit durch ihre oft enormen Finanzmittel aufgefallen sind. Dass die Erzdiözese Wien die „Initiative“ gleich am ersten Tag bewirbt, ist auch nicht unbedingt ein Indiz für deren Unabhängigkeit. Ob sie aus Regierungskreisen bestellt ist oder hier nur verschiedene frauenfeindliche Kreise einander zuarbeiten, ist nebensächlich. Zentral ist die Gefahr, die davon ausgeht. Schon im Regierungsprogramm planen FPÖVP die Entmündigung von Frauen, denen sie absprechen, selbst entscheiden zu können, ob sie eine Abtreibung wollen und sie zwangsberaten wollen, während gleichzeitig bei eventuell kritischen Beratungseinrichtungen gekürzt wird. Bis Ende November sammeln die christlichen Frauen-BevormunderInnen Stimmen. Die Regierung wird diese „Initiative“ dann wohl aufgreifen. Im Gegensatz zu Volkes Stimme, die sich im Frauen- bzw. Anti-Raucher-Volksbegehren oder gegen CETA ausdrückt. Die ist wurscht, weil nicht passend. Mit Jahresende stehen dann noch mehr Frauenrechte unter Beschuss dieser Regierung. Alerta – Antisexista!

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellung- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



Widerstand gegen Deutschklassen

In den letzten Jahren wurden eine Reihe von Schritten unternommen, um Flüchtlinge und Kinder mit Migrationshinter-

grund ins Schulsystem zu integrieren. Schon diese führten in der Praxis zu „Ghetto Klassen“.

Die Deutschklassen dienen der sozialen Selektion – und schaden allen Kindern!

grund ins Schulsystem zu integrieren. Schon diese führten in der Praxis zu „Ghetto Klassen“.

Doch mit Herbst sollen die neuen Deutschklassen diese Kinder ganz bewusst und gezielt von den restlichen SchülerInnen trennen. Die Regierung behauptet, Ziel der Maßnahme wäre, dass sich die Kinder mehr aufs Deutschlernen konzentrieren, aber

das ist Blödsinn. Alle Studien zeigen, dass Kinder eine Sprache am besten lernen, wenn sie im Umfeld von anderen Kindern sind, die diese Sprache sprechen. Ein zehnjähriger Flüchtling wird besser Deutsch lernen, wenn er mit einem Klassenkollegen Fortnite spielt als in extra Kursen. Aber wenn sie keinen Kontakt zu deutschsprechenden Kindern haben, wird das sicher nicht passieren.

Bei der Maßnahme geht es nicht ums Deutschlernen, sondern darum, Mig-

rantInnen zu isolieren. Die schwarz-blaue Regierung will diese Kinder aus „ihren“ Schulen raushalten und behandelt sie wie eine Infektion, die isoliert werden muss. Das populistische Signal an ihre WählerInnen ist ihnen weit wichtiger als die Frage, was Kinder lernen – schließlich wird ja auch bei „unseren“ Kindern gekürzt.

Das österreichische Schulsystem teilt schon jetzt sehr stark in Schulen mit mehr Ressourcen, die für die Elite sind, und Schulen mit weniger Ressourcen für den Rest von uns. Die neuen Deutschklassen werden – zusammen mit den allgemeinen Kürzungen im Bildungswesen – diese Spaltung noch vergrößern.

Hannes Brettros

Wie gegen die Deutschklassen kämpfen?

Die erfolgreiche Demonstration vom 9. Juni (siehe Seite 5) war ein wichtiger erster Schritt bei der Mobilisierung des Bildungsektors und ein Zeichen, dass unterschiedliche Bildungsbereiche nicht getrennt, sondern gemeinsam auftreten. Jetzt brauchen wir koordinierte Aktionen für ein Ende der Spaltung an den Schulen: Öffentliche Versammlungen, Demonstrationen oder auch Besuche bei den politisch Verant-

wortlichen. Solche Proteste sollten so breit wie möglich sein und LehrerInnen aus verschiedenen Schulen einbeziehen wie auch SchülerInnen und Eltern – auch aus Schulen, in denen es keine Deutschklassen gibt. Die zuständige Gewerkschaft GÖD hat bisher nichts getan, um ihre Mitglieder zu mobilisieren. Wir müssen die Gewerkschaftsführung offensichtlich erst dazu bringen, sich für ein besseres Bildungssystem einzusetzen.

Die Schule, die wir brauchen



Ein Ende der Deutschklassen wäre nur ein Schritt zu einem besseren Schulsystem. Schluss mit der Trennung in AHS und NMS, Schluss mit der Trennung in Schulen für die Elite und jene für den Rest. Jedes Kind muss die Chance haben, seine/ihre Interessen und Fähigkeiten zu entwickeln und zwar unabhängig davon, welche Sprache oder wieviel Geld die Eltern haben. Wir brauchen mehr Ressourcen und weniger SchülerInnen pro

Klasse und weniger Fokus auf Noten. Schluss mit der Konzentration darauf, ideale und gut ausbeutbare Arbeitskräfte zu werden. Wir brauchen ein Bildungswesen, das demokratisch von Lernenden und Lehrenden und der Gesellschaft kontrolliert wird und nicht von ahnungslosen PolitikerInnen, die nur die Interessen von Konzernen umsetzen. Um das zu erreichen, müssen wir eine sozialistische Gesellschaft aufbauen, die auf Solidarität basiert.



EU-Vorsitz: Eine Inszenierung...

Die Ratspräsidentschaft wird eine gewaltige PR-Veranstaltung für die Regierung. Mit schönen Gebirgsbildern und Tracht

böcke erhalten. Die Migrationsfrage wird ein zentrales Thema der Ratspräsidentschaft. Kurz hat bereits Bündnispartner in den Vi-

selbst in der Krise steckt. Nach außen möchte man stark auftreten, man ist sich einig, man möchte „wettbewerbsfähig“ bleiben. Die

FPÖ bieten Konfliktstoff. Und sie können nicht verstecken, was hinter ihrer Inszenierung wirklich auf der Agenda steht: Rassismus, Kürzungen und Angriffe auf unsere Rechte. Die EU wurde als „Wirtschaftsbund“ gegründet und vertritt vor allem Banken und Konzerne. Diese „Union der Bosse“ setzt neoliberale und unsoziale Politik durch.

Das bedeutet für uns Beschäftigte, GewerkschafterInnen und AktivistInnen vor allem eines: Wir dürfen nicht verstummen, sondern müssen auch und vor allem in der Ratspräsidentschaft laut protestieren, demonstrieren und streiken, um uns gegen die rassistische Politik und gegen Maßnahmen wie den 12-Stunden-Tag zu wehren.

Martina Gergits

Das Motto der schwarz-blauen Ratspräsidentschaft: „Ein Europa, das schützt“. Gemeint ist: „Das Kapital schützen“.

inszenieren sich ÖVP und FPÖ. Stabilität, Sicherheit und Wohlstand müssen auch in Zukunft Selbstverständlichkeit in der EU sein, sagt Kurz. Sieht man sich die Kürzungspolitik begleitet von rassistischer Hetze der schwarz-blauen Regierung an, wird klar, was gemeint ist: Unternehmen und Kapital schützen, Geflüchtete und Migranten sollen als Sünden-

segradstaaten (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei) gefunden, aber auch im rechtsextremen italienischen Innenminister Salvini sowie bei Seehofer und Söder aus Deutschland. Das Ziel von Kurz & Co ist die Festung Europa.

Aber sie können mit ihrem Populismus nicht darüber hinwegtäuschen, dass die EU seit der Krise 2008 auch

einzelnen Nationen verfolgen aber unterschiedliche Interessen und stellen diese immer öfter in den Vordergrund. Der Widerspruch „Einschränkungen ja, aber nur bei den Anderen“ wird im Kapitalismus immer häufiger schlagend.

Es soll Einigkeit von ÖVP und FPÖ sowie der EU suggeriert werden. Doch der „pro EU Kurs“ der ÖVP und die „EU-Kritik“ der

Hinter der Fassade: Harte Angriffe

Zur „Lösung“ der Flüchtlingsfrage sollen „Routen“ und Außengrenzen geschlossen werden. Doch das bedeutet nur noch lebensgefährlichere Fluchtrouten. Es fordert mehr Menschenleben und spielt vor allem Schleppern in die Hände. Ein profitables Geschäft z.B. für die Rüstungsindustrie, die gleich doppelt verdient: Zuerst der Waffenexport in die entsprechenden Länder, und anschließend an der Aufrüstung der Grenzen.

„Wir müssen“ alles tun, um wettbewerbsfähig zu bleiben“, sagt der ÖVP-Chef, Wohlstand soll geschützt werden. Abgesehen von allen Unterschieden ist man sich hier einig: Längere Arbeitszeiten, niedrigere Löhne, höhere Preise, weniger Schutz für Beschäftigte, Kürzungen beim Sozialstaat und eine Teile-und-Herrsche-Politik. Dass wir für die Profite des europäischen Kapitals zahlen sollen, hat Priorität für Kurz und Strache.

Als wichtige Aufgabe nannte Kurz den „Fokus auf die Nachbarschaft“. Außenministerin Kneissl werde einen Schwerpunkt darauf setzen, die Westbalkanstaaten näher an die EU heranzuführen. Das ist im ureigensten Interesse des imperialistischen Österreich, das die Balkanländer als seine „Kolonien“ sieht. Für billige Arbeitskräfte, profitable Investitionsfelder und lukrative Absatzmärkte. Militärische Intervention inklusive.

Während die Regierung bei Notstandshilfe, Mindestsicherung etc. kürzt, haben sich die veranschlagten Kosten für den Ratsvorsitz verdoppelt. Bei den Budgets für den Vorsitz im Innen- und Verteidigungsressort hat man sich „verrechnet“ und nun auf das Achtfache korrigiert. Die geschätzten Kosten belaufen sich (Stand Juni) auf etwa 92,8 Millionen Euro. Soviel zum seriösen und sparsamen Umgang mit Steuergeldern...

Der rechte Rand

17 führende Aktivisten der „Identitären Bewegung“ (IB) stehen seit Mai unter Anklage. Ihnen wird Verhetzung, Sachbeschädigung und Nötigung vorgeworfen. Wir weinen den Identitären keine Tränen nach, allerdings ist diese Anklage nur mit Vorsicht zu genießen:

Die Erfahrung zeigt, dass rechtliche Schritte das Problem des Rechtsextremismus nicht lösen, sondern bestenfalls aufschieben. 2017 wurde die deutsche NPD als verfassungsfeindlich eingestuft, wegen ihrer „Bedeutungslosigkeit“ allerdings nicht verboten. Als 2007 Mitglieder des BfJ (Bund freier Jugend, Oberösterreich) wegen Leugnung nationalsozialistischer Verbrechen und Verherrlichung derer Ideen vor Gericht standen, wurden alle in erster Instanz freigesprochen. Später waren viele von ihnen in anderen rechten Organisationen weiter aktiv. Das Verbot der HdJ (Heimattreue deutsche Jugend) erzielte ebenfalls nicht das gewünschte Resultat: Ihre Mitglieder wanderten in die NPD oder andere rechtsextreme Gruppierungen über.

Die jüngere Geschichte zeigt also, dass im Kampf gegen den Rechtsextremismus kein Verlass auf den Rechtsstaat ist – trotz Einstufungen der IB als rechtsextreme Organisation mit neofaschistischen Tendenzen.

Die Identitären veranstalteten im Mai mehrere Kundgebungen. Der Staat mischte sich lediglich in Form von Polizeieinsätzen ein, um spontane Proteste aufzulösen und die IB ungehindert ihre Hetze verbreiten zu lassen. Nicht durch juristisches Geplänkel, sondern nur durch breiten Widerstand können rechtsextreme Bewegungen langfristig gestoppt werden!

Stefan Brandl

Am 18. Mai wurden zwei Metallarbeiter bei einem Arbeitsunfall in der Bucht von Cadiz/ Spanien getötet. Beide arbeiteten bei einer Zulieferfirma für die staatliche Schiffsbaufirma Navantia. Schlechte Arbeitsbedingungen, Zeitdruck und fehlende Sicherheitsvorkehrungen sind schuld an ihrem Tod. Doch die MetallarbeiterInnen nahmen ihr Schicksal nicht einfach so hin. Bereits am 21. Mai organisierte das Koordinationskomitee für die MetallarbeiterInnen in der Bucht von Cadiz einen Streik, der in fast allen Zulieferfirmen unterstützt wurde und den Betrieb von Navantia lahmlegte. Eine zentrale Rolle im

**Frisch gekämpft
ist halb gewonnen!**

Komitee spielten dabei AktivistInnen von Izquierda Revolucionaria (CWI im Spanischen Staat). Bereits um 5:30 versammelten sich 2.000 Beschäftigte vor dem Navantia Werk. Der Streik weitete sich auf das Navantia Werk in San Fernando aus. Am 13. Juni kam es schließlich zum Generalstreik in der Bucht von Cadiz. Von der Gewerkschaftsführung wurden die ArbeiterInnen dabei nicht unterstützt. Diese behauptete sogar, dass die AktivistInnen den Tod ihrer Kollegen missbrauchen würden. In Österreich gab es 2017 104.161 Arbeitsunfälle. Die Maßnahmen von Schwarz-Blau – besonders der 12 Stunden Tag – werden die Zahl noch vergrößern. Die MetallarbeiterInnen von Cadiz haben gezeigt, dass Widerstand dagegen möglich ist. Wir können und müssen für Sicherheit am Arbeitsplatz und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, auch wenn die Gewerkschaftsspitze tatenlos bleibt.

Lukas Kastner



Protektionismus = Schutz für wen?

Das Wirtschaftssystem, in dem wir leben, beruht auf Konkurrenz. Das zeigt sich auch im jünger-

hängt haben. Dass Europa schon seit Jahren drastische Einfuhrzölle auf in den USA produzierte Autos

Stahl erheben, um Voest & Co zu schützen.

Auf den ersten Blick verständlich. Beschäftigte wollen sichere Jobs, die sie durch ausländische Konkurrenz in Gefahr sehen. Gerade weil Trump Schutz vor Billigimporten aus dem Ausland (der EU!) versprach, wählten ihn viele ArbeiterInnen.

Doch jetzt gibt es Berichte, dass amerikanische Stahlkonzerne unter dem Schutz der Strafzölle ihre Verkaufspreise im Inland drastisch anheben. Das bringt Firmen in Bedrängnis, die den Stahl zu Maschinen oder Autos weiterverarbeiten. Die Kosten steigen und werden letztendlich an die Endkunden und somit auch ArbeiterInnen weitergereicht.

In diesem System kann man als arbeitender Mensch nur verlieren. Entweder der Job ist wegen Billigkonkurrenz weg, oder man wird doppelt und dreifach zur Kasse gebeten, damit irgendein Konzern höhere Profite einstreicht. Im Kapitalismus wird das immer so sein. Deswegen reicht ein Herumdoktern an Symptomen, wie es Gewerkschaften machen, nicht aus.

Doch es geht auch anders. Durch die Verstaatlichung der großen Industrien unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten kann das Profitstreben aus der Wirtschaft genommen werden. Das würde eine Produktion für das Gemeinwohl und sichere Jobs für alle garantieren.

Christian Bunke

*Trump führt Schutzzölle ein,
Gewerkschaften mobilisieren
gegen Freihandelsabkommen.
Wo stehen SozialistInnen?*

ten Handelsstreit USA – EU. Die EU will in Europa produzierte Güter zu möglichst guten Konditionen in den USA verkaufen, die USA machen es umgekehrt genauso. Profitieren sollen die jeweils heimischen Konzerne.

Also regt sich die europäische Autoindustrie auf, weil die USA auf deren Produkte höhere Zölle ver-

hängt, wird verschwiegen.

Ein anderes Beispiel: Stahl. Seit Jahren jammert die europäische Stahlindustrie über in China produzierten „Billigstahl“, der die Preise ruiniert. Die von der Industrie geforderte und auch von Gewerkschaften unterstützte „Lösung“: Die EU soll Schutzzölle auf chinesischen



„Sozial, aber nicht blöd“ fasst Fuß in der Caritas

„Sozial, aber nicht blöd“ (SANB) ist eine Basisinitiative von kritischen Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich. Wir wollen den Angriffen durch Schwarz-Blau und der schon existierenden Misere im Arbeitsalltag entgegen treten und spürbare Verbesserungen (höherer Mindestlohn, besser geregelte Arbeitszeiten, Entlastung durch mehr Personal...) erkämpfen. Dazu versuchen wir eine möglichst breite Basis in verschiedenen Be-

rufsfeldern und Betrieben zu schaffen. So gibt es seit neuestem auch KollegInnen von der Caritas, die sich als „SANB-Caritas“ treffen und vernetzen. Das ist super! Es schafft nicht nur eine breitere Basis, sondern ist ein wichtiger Schritt gegen Aufspaltung und für einheitliche Kollektivverträge (Anmerkung: alleine im Sozialbereich gibt es sechs getrennte KVs!).

Wir versuchen, uns als SANB-Caritas-Gruppe weiter in den Einrichtun-

gen zu verwurzeln. Und wir diskutieren über Probleme in der Caritas, die uns in unserer Arbeit beeinflussen, und suchen nach Lösungen. Die Ergebnisse halten wir in der SANB-Caritas-Zeitung, die Teil der erstmals erscheinenden SANB-Zeitung ist, fest. Mit dieser Zeitung wollen wir mit weiteren KollegInnen ins Gespräch kommen und hoffen, sie beim nächsten SANB-Caritas-Treffen zu sehen.

Nikita Tarasov

A Month of Pride – Monat des Stolzes

Im Monat Juni sind überall auf der Welt Homo- und Bi-sexuelle, Trans* und Inter-personen in „Pride“-Demonstrationen und -Feiern für ihre Rechte und mit Stolz auf ihre Orientierung und Identität auf die Straße gegangen. Die SLP beteiligte sich zusammen mit der sozialistisch-feministischen Kampagne „Nicht mit mir“ an vier Pride-Paraden, um gegen die Spaltung und Diskriminierung, gegen Heterosexismus und Kapitalismus, gegen die reaktionäre Regierung und für einen Sozialismus einzutreten, in dem jede/r ohne Angst anders sein kann.

Der Monat begann kämpferisch: Am 2. Juni, nachdem zuvor drei Stunden lang erfolgreich die Verteilung von Propagandamaterial der faschistischen Identitären verhindert worden war, demonstrierten in Salzburg AktivistInnen der SLP gemeinsam mit rund 150 anderen anlässlich des jährlichen Internationalen Tags gegen Homo-, Inter- & Transphobie beim Walk4Idahit.

In Wien marschiert ein Bündnis christlich-fundamentalistischer und rechtsextremer Gruppen jährlich mit dem „Marsch für die Familie“ gegen die Vienna Pride (dieses Jahr 16. Juni), gegen das Recht der Frauen auf körperliche Selbstbestimmung und die

Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben. Hier organisierte „Nicht Mit Mir“ zusammen mit der SLP einen Gegenprotest. „Das wird auch Zeit“, meinte eine Wiener Seniorin zu der Forderung nach gleichen Rechten für Schwule und Lesben. Über 100 Menschen nahmen an der Kundgebung und am anschließenden lautstarken Protest teil. Die neuerdings verschärfte Gesetzeslage machte es jedoch nicht möglich, die Fundis direkt zu konfrontieren.

Graz sah seine 5. CSD-Parade mit 3.000 Leuten am 23. Juni. Unter den Slogans „QUEERstellen gegen Kapitalismus“ und „CSD was a riot – let's do it again“ beteiligten sich Aufbruch und SLP Graz an der Parade, auch um auf das Verhältnis von Homophobie und Kapitalismus hinzuweisen und die reaktionäre Familienpolitik der Regierung anzugreifen.

Am 30. Juni bildete die Pride in Linz, die von der SLP selbst mitorganisiert wurde, mit der Verbindung von queerem Feminismus und sozialen Forderungen wie der Ablehnung des 12-Stunden-Tages den Abschluss des Pride-Monats. Mit 2.000 vor allem jungen queeren Leuten hat sich die Zahl der Teilnehmenden des letzten Jahres vervierfacht.

Oliver Giel



Gute Bildung für alle...

Am 9. Juni fand die gemeinsame und sehr erfolgreiche Demo „Aufmarsch der Empörten – Bildung für

erInnen, SchülerInnen, NachmittagsbetreuerInnen und viele mehr. Quer durch die Bandbreite der

zu guter Bildung für alle ist. Jetzt gilt es dran zu bleiben. Nächster Halt: Herbstaktionen!

...nicht nur für Eliten und Reiche. Über 1.000 Menschen auf der Demo des Aktionsbündnisses Bildung.

alle statt für Eliten“ gegen die Regierungsangriffe auf unsere Bildung statt. Zahlreiche Menschen beteiligten sich lebhaft, laut und kreativ am Aufmarsch durch Wien. Menschen jeden Alters aus unterschiedlichsten Bildungsbereichen und Zugängen. So engagierten sich lautstarke Volksschulkinder ebenso wie DirektorInnen, Lehramtsstudierende, Lehrlinge, Eltern, Leh-

Bildungsbereiche verteilt, waren AktivistInnen der SLP ebenfalls mit einem soliden und aktiven Block vertreten.

Breite Solidarität und Beistandsbereitschaft der Beteiligten war deutlich sicht- und spürbar, ebenso wie die gemeinsame Erkenntnis darüber, dass diese eine Demonstration „nur“ ein einzelner, wenn auch wichtiger Schritt auf dem Weg

Die SLP hat das Aktionsbündnis von Anfang an unterstützt und so maßgeblich zum Erfolg beigetragen. So konnte das Bündnis innerhalb kurzer Zeit auf über 40 Initiativen und Organisationen anwachsen. Das zeigt, welch Potenzial in uns allen steckt. Organisieren und solidarisieren wir uns, gemeinsam für unsere Bildung, für eine Bildung für alle.

George B.

SLP schlägt Aktionsplan vor, um zu gewinnen!

12.-14. Juni: ÖGB-Kongress. Gemeinsam mit anderen sammelt die SLP in der Plattform „ÖGB aufrütteln“ Unterschriften für einen Initiativantrag, der für einen kämpferischen Kurs eintritt. Hunderte KollegInnen unterschreiben. Nur Stunden nach dem Kongress verkündet die Regierung den 12-Stunden-Tag. Die Gewerkschaft antwortet mit Betriebsversammlungen, Betriebsrätekonferenzen

und einer Großdemonstration am 30. Juni. SLP und Plattform „ÖGB aufrütteln“ sind überall präsent. Tausende Flugblätter werden verteilt, hunderte Vorwärts verkauft und unser „Streik Jetzt“-Flugblatt war die sprichwörtliche „warme Semmel“. Die Gewerkschaftsführung sagt nur, dass man etwas tun soll, wir versuchen konkrete Schritte vorzuschlagen, WAS getan werden kann, um zu gewinnen.

Termin des Monats



SLP-Sommerncamp in Kärnten

SozialistInnen aus mindestens acht Ländern, spannende Diskussionen in Workshops und entspannt am Lagerfeuer, Fußball spielen, Baden mit eigenem See-Zugang, Grillen... so sieht das Sommerncamp der SLP und unserer deutschen Schwesterorganisation SAV in Kärnten aus. Das ist der perfekte Urlaub, denn hinterher seid ihr nicht nur erholt, sondern auch inhaltlich vorbereitet für den Widerstand.

19.- 26. August,

180€/150€ für Menschen ohne eigenes Einkommen

Anmelden bei till@slp.at



Kleider machen Leute. Als Tsipras in Griechenland mit der Hoffnung auf eine linke Wende gewählt worden war, weigerte er sich, Krawatte zu tragen – ein Skandal am hochnoblen Polit-Par-kett. Seinem Finanzminister Varoufakis warf „Die Zeit“ sogar „Straßenkämpfer-Look“ vor. Von den ArbeiterInnen Europas ernteten sie dafür aber Sympathie. Heute sieht die Welt anders aus: Syriza hat sich nicht nur dem Klei-dungs- sondern auch dem Spardiktat unterworfen. Auch an anderen medial präsenten Lin-ken glänzen heute mehr die teuren Uhren als ih-re Politik. Wagenknecht besitzt ein stattliches Vermögen und Melén-

Rote Seitenblicke

chon vermietet zahlrei-che Wohnungen in Paris.

SozialistInnen for-dern von VertreterInnen der ArbeiterInnen-klasse, dass sie mit uns allen auf derselben Augen-höhe leben, arbeiten und kämpfen. Aus die-sem Grund deckeln z.B. ernsthafte linke Organi-sationen die Gehälter ih-rer PolitikerInnen beim Durchschnittslohn ei-ner Facharbeiterin. Auch wenn sich die individu-elle Überzeugung nicht direkt am Kontostand ablesen lässt: Ein Aufruf zum Streik klingt glaub-würdiger, wenn er von der Nachbarwohnung und nicht aus dem Vil-lenviertel kommt. Es ist auch eine Lehre der Ge-schichte: Ende des 19. Jahrhunderts bildete sich in der ArbeiterInnen-bewegung eine privile-gierte Schicht aus Partei-führerInnen und Büro-kratInnen. Diese teilten nicht mehr die Lebens-bedingungen ihrer Ba-sis – bald dafür aber die Interessen ihrer neuen bürgerlichen FreundIn-nen: vom Abwürgen der revolutionären Bewe-gungen bis zur Unter-stützung für imperialis-tische Kriege.



Arbeitsschutz im Spitzensport?

SportlerInnen nehmen immer häufiger Schmerzmit-tel, zum Teil auch starke und verschreibungspflich-tige. Diese dienen dazu, trotz Schmerzen einsatz-

müssen fit und einsatzbereit sein. Schmerz, eigentlich ein Warnsignal des Körpers, ist dabei nur störend. Dieses Phänomen hat mehrere Ur-sachen. Überholte „Männ-

SportlerInnen bringen kein Geld. Die Sportbranche, ins-besondere die beliebten Pro-filigen im Fußball, Basket-ball oder American Foot-ball, hat sich mittlerweile

heres Verletzungsrisiko und weniger Regeneration. Das kapitalistische Profitden-ken führt im Sport, wie in anderen Bereichen unse-rer Gesellschaft, dazu, dass Geld wichtiger ist als die Bedürfnisse der Menschen. Die Profite werden auf den Rücken der SportlerInnen erwirtschaftet, die Körper dabei oft verschlissen.

Der „Freiheit zur Selbst-ausbeutung“ können sich einzelne SportlerInnen fast unmöglich widerset-zen. Der Druck vom Ver-ein, den Fans, aber auch von den eigenen Erwartungen ist meist zu hoch. Innerhalb des jetzigen Systems wird es dafür keine Lösung geben. Wir brauchen eine solida-rische Alternative, in der nicht Profit, sondern Men-schen zählen!

Phillip Chmel

Verletzungen und Schmerzen sind im Spitzensport ein Teil des Jobs – der Missbrauch von Schmerzmitteln auch.

bereit zu sein und werden sogar oft zur Vorsorge ver-wendet.

Der ehemalige Teamarzt des deutschen Fußball-Nationalteams erklärte in ei-nem Zeitungsartikel, die Spieler würden die Mittel wie Smarties einwerfen.

Solche Aussagen illus-trieren ein sehr weit ver-breitetes Problem im Spit-zensport. Die SpielerInnen

lichkeitsideale“ vom har-ten Kämpfer spielen hierbei ebenso eine Rolle wie der allgemeine Trend zur „Selbst-optimierung“ und Leis-tungssteigerung in unse-rer Gesellschaft; 40% gehen auch krank zur Arbeit.

Abgesehen von gesell-schaftlichen bzw. kultu-rellen Gründen gibt es aber auch knallharte wirtschaft-liche Ursachen. Verletzte

zu einem milliardenschwe-ren Geschäft entwickelt. Das zeigt sich an den perversen Transferpreisen und Gehäl-tern oder den exorbitanten Summen, die für TV-Wer-bezeiten bezahlt werden.

Die Gesundheit der SportlerInnen steht hier natürlich nicht im Vorder-grund. Immer mehr Spiel-tage pro Jahr bedeuten zu-sätzliche Belastung, ein hö-

Franz Kafka: Schriftsteller und Revolutionär

Am 3. Juli 2018 jährte sich der Geburtstag Franz Kafkas zum 125. Mal. Kafkas Werke zählen zu den bedeutendsten des 20. Jahrhunderts. Wenig bekannt ist allerdings seine politische Haltung und sein politisches En-gagement. Bereits als Jugendlicher kam er mit sozialistischen Ideen in Kontakt und trug fortan an eine Rote Nelke am Knopfloch, ein Symbol der ArbeiterInnenbewe-gung. Kafka kam im Zu-ge seiner Beamtentätig-

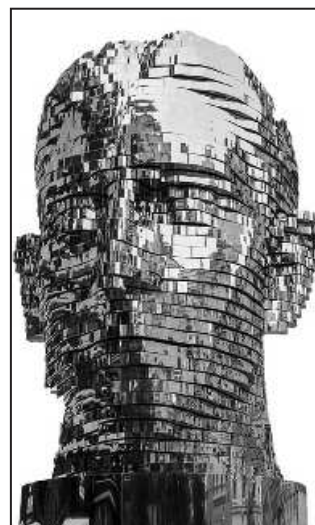
keit in einer halbstaat-lichen Versicherungs-anstalt mit der Not der ArbeiterInnenschaft in Berührung und setzte sich für arbeitsrechtli-che Verbesserungen ein. In einem Brief an sei-ne Freundin Milena Je-senská 1920 bekundete er seine Bewunderung für die Bolschewiki und ihre Rolle in der Russi-schen Revolution. Vor allem ihren internatio-nalistischen, revoluti-onären Anspruch lobte er. Auch sind Kontakte

zu tschechischen liber-tären SozialistInnen do-kumentiert.

Er nahm an einigen Ak-tivitäten der anarchis-tisch gefärbten Grup-pierung „Klub mladych“ (Jugendclub) teil.

Unter anderem wegen der Thematisierung to-talitärer Bürokratieap-parate waren Franz Kaf-kas Werke in vielen sta-linistischen Ländern verboten.

Celina Brandstötter



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Die Krise ist noch nicht vorbei!

Bereits kurz nach Ausbruch der Wirtschaftskrise 2007/08 veröffentlichten wir die Broschüre „Sozialistische Antworten auf die Krise“. In den vergangenen zehn Jahren hat sich viel getan, weshalb wir eine vollständig überarbeitete Neuauflage unter dem Titel „Die Krise des kapitalistischen Systems – so-

sind immer jene gemeint, die ohnehin nicht viel haben. Die soziale Ungleichheit nimmt immer absurdere Formen an, wenn eine Handvoll Superreicher mehr besitzt als die Mehrheit der Menschen. Tatsächlich ist die Krise eigentlich bis jetzt nicht wirklich vorüber, weil die Erholungen seither auf Sand gebaut sind.

wirtschaftlichen Einbruch seit 1945 und wird nicht zu Unrecht mit der großen Krise von 1929 verglichen. Die Industrieproduktion, der Tourismus und der Handel brachen dramatisch ein. Massenarbeitslosigkeit und Verarmung bis hin zur absoluten Verelendung stiegen international an.

Zig Millionen Jobs wurden durch die Krise ver-

mut als Massenphänomen mitten in Europa und den USA zur Folge (41 Millionen Menschen leben im reichsten Land der Welt, den USA, in Armut!). Zur selben Zeit besitzen gerade einmal acht Männer den gleichen Reichtum wie die 3,6 Milliarden Menschen, die die ärmste Hälfte der Menschheit ausmachen.

Durch die Geld- und Finanzpolitik (niedrige Zinsen, Quantitative Easing etc.) und Förderungen („Abwrackprämie“) versuchten Staaten, die Wirtschaft zu stimulieren, „Rettungspakete“ wurden geschnürt, um Banken und andere Finanzinstitute davor abzusichern, dass sie zusammenbrechen und weitere Teile der Wirtschaft mit sich reißen. Das führte jedoch im Gegenteil zu sinkendem Lebensstandard in der ArbeiterInnenklasse auf der einen und zum Wachsen der Staatsverschuldung auf der anderen Seite. In Österreich wuchs diese seit 2007 um zehn Prozentpunkte auf über 80% an.

In Folge der Krise verschärfte sich auch der in-

ternationale Wettbewerb. Die Zunahmen militärischer Konflikte und die neuen Kriegsgefahren (zwischen imperialistischen Staaten direkt oder indirekt durch „Stellvertreter“), die verstärkte Ausbeutung von Mensch und Natur – beides entzieht Menschen die Lebensgrundlage und ist damit zentral verantwortlich dafür, dass Menschen aus ihrer Heimat flüchten müssen. Die Lage im Nahen und Mittleren Osten und Afrika ist auch eine Folge der wirtschaftlichen Probleme der imperialistischen Staaten. Die Menschen, die aus diesen Ländern flüchten müssen, sind daher letztlich auch Opfer der kapitalistischen Krise.

Wer nur – wie die bürgerlichen Ökonomen – an der Oberfläche herumdoktert, wird keine Mittel finden, um dauerhaft Wirtschaftskrisen zu verhindern. Um über wirkliche Lösungen für die Krise sprechen zu können, müssen wir zuerst ihre Ursachen (und nicht nur ihre Auslöser!) verstehen..

Die brutale „neue“ Ära des Kapitalismus ist eigentlich die kapitalistische Normalität.

zialistische Antworten“ veröffentlichen. Der folgende Schwerpunkt liefert eine Übersicht über die wirtschaftliche und politische Krise und Lösungen aus dieser Misere im Interesse der ArbeiterInnenklasse.

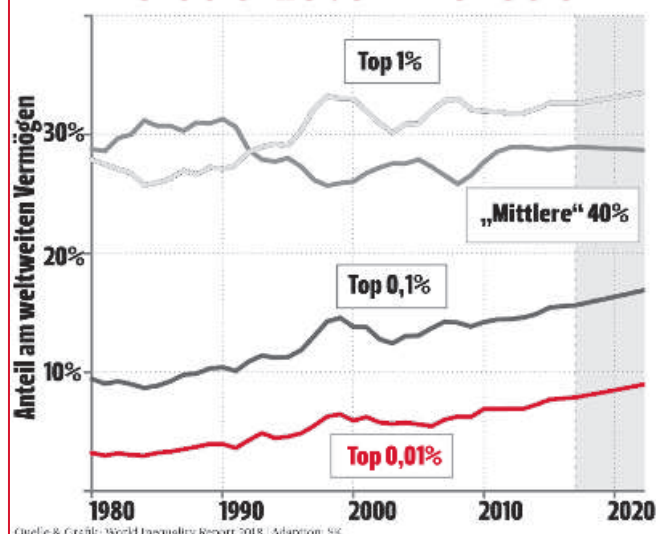
Obwohl der Beginn der Wirtschaftskrise nun schon lange her ist, spüren wir ihre Nachwirkungen nach wie vor. „Wir müssen sparen“ ist das Dogma aller PolitikerInnen – und mit „wir“

Alle Ursachen, die für den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise verantwortlich sind, sind nach wie vor existent. Wenn von Aufschwung die Rede ist, dann in der Regel von einem, der bei der ArbeiterInnenklasse kaum ankommt und der mit weiteren Kürzungsmaßnahmen verbunden ist.

Was am Anfang als „Finanzkrise“ kleingeredet wurde, wurde rasch und sehr dramatisch zur weltweiten Wirtschaftskrise. Sie bedeutete den stärksten

nichtet und auch in den entwickelten kapitalistischen Staaten sieht sich eine ganze Generation einer düsteren Zukunft gegenüber. Eine Jugendarbeitslosigkeit von 20% ist schon fast „normal“. Unter dem Diktat der EU gab es in einer Reihe von Staaten brutalste Kürzungsprogramme. Diese umfassten neben Privatisierungen auch Lohnstopp bzw. -abbau, Einschnitte bei Pensionen und Sozialleistungen und haben die Rückkehr der Ar-

Weltweite Vermögensverteilung: Die Reichen werden immer reicher



Aktuelle Weltwirtschaftslage

- **Die weltweite** Verschuldung, also jene von Regierungen, Unternehmen und Privaten hat sich von 142 Billionen US-Dollar im Jahr 2007 auf ein Rekordhoch von 233 Billionen im Jahr 2017 erhöht.
- **Die Gesamtverschuldung** Chinas hat sich bis 2016 auf 25.500 Milliarden vervinfünzfacht.
- **Das weltweite BIP** ist um 17% kleiner als wenn sich das Wachstum von 1968 bis 2007 konstant fortgesetzt hätte.
- **Die Deutsche Bank** hat angekündigt, dass sie auf Grund der jahrelangen Verluste weitere 7.000 Stellen streichen werde.
- **Auf Grund von Trumps** Steuerreform steuert laut aktueller Prognosen die USA auf ein Haushaltsdefizit von 1.000 Milliarden US-Dollar zu. Laut aktueller Prognosen des IWF bedeutet dies eine Staatsverschuldung von 117% des BIP im Jahr 2023.
- **Italien steht** als viertgrößte Volkswirtschaft Europas vor einer neuen Wirtschaftskrise. Die faulen Kredite in den Kellern der italienischen Banken belaufen sich auf fast 800 Milliarden Euro.
- **Es droht ein Handelskrieg** mit den USA. In Folge der Spannungen sind beispielsweise chinesische Investitionen im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahr um sage und schreibe 92 % eingebrochen.
- **China schlittert** in eine Immobilienkrise, vergleichbar mit jener von 2007 in den USA. Alleine im Jahr 2016 haben die Kredite für Immobilien bereits 17% des Haushaltseinkommens ausgemacht (in den USA waren das vor dem Ausbruch der Krise gerade einmal 11%).
- **Indien erlebt** auf Grund des steigenden Öl-Preises und des stark wachsenden Verbrauchs eben jenes Rohstoffs massive Einbrüche der Kaufkraft. Die Menschen können sich das Leben zunehmend weniger leisten und zusätzlich verliert die Rupie immer mehr an Wert.
- **Die Arbeitslosigkeit** erklimmt weitere Höhen. Während in der gesamten Eurozone 8,5 % der Menschen ohne Beschäftigungsverhältnis ihr Dasein fristen, sind dies in Spanien gar 15,9% und in Griechenland derzeit 20,8%.
- **Neben den** wirtschaftlichen Problemfällen wie steigendem Ölpreis, Handelskonflikten und Rekordverschuldung gibt es auch noch zahlreiche politische Krisenherde mit massiven Auswirkungen auf die Wirtschaft...

Die Ursache der Krisen ist der Kapitalismus selbst

„Der Kapitalismus ist aus dem Ruder gelaufen, das Finanzkapital ist zu wenig reguliert. Gierige SpekulantInnen machen das Ganze krisenanfällig.“ Solche Erklärungsversuche dominieren die bis heute anhaltende Diskussion über die Ursachen der Krise. Rasch wur-

Waren nicht leisten können. Bereits im 19. Jahrhundert haben Marx und Engels die Widersprüche des Kapitalismus erkannt:

Wir werden nicht nach Leistung bezahlt, sondern Lohn/Gehalt orientieren sich an den Kosten für den Erhalt der (Ware) Ar-

führt zu Über- bzw. Unterangeboten in verschiedenen Bereichen. Es gibt keine Nachhaltigkeit, weil die Folgekosten der Gesellschaft auferlegt werden. Jede Regierung versucht, „ihrer“ Wirtschaft Vorteile am Weltmarkt zu verschaffen, was zwangsläufig zu (auch militärischen) Konflikten führt.

Die immer größere Bedeutung der Finanzmärkte war und ist eine logische Folge und Notwendigkeit der sich ausweitenden Krise des Kapitalismus – letztlich ein Ergebnis des Endes des Nachkriegsaufschwunges. Eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte wäre ein Schritt in die richtige Richtung, könnte aber die Probleme nicht lösen, da die Ursache in den genannten Widersprüchen des Kapitalismus liegt.

Die Auswirkungen der internationalen Entwicklungen auf die österreichische Wirtschaft sind enorm. Das liegt v.a. in der internationalen Abhängigkeit und Verflochtenheit insbesondere durch die hohe Exportabhängigkeit, Tourismus und das Engagement österreichischer Banken in Osteuropa und am Balkan. Die österreichische kapitalistische Wirtschaft ist integraler Bestandteil der Weltwirtschaft. Österreichische Regierungen haben dieselbe Politik betrieben, wie jene anderer Länder. Erinnert sei an die fast vollständige Privatisierung der Verstaatlichten Industrie mit dem Abbau von zehntausenden Arbeitsplätzen und die Kürzungen im Bildungs-, Gesundheits- und

Die Finanzwirtschaft ist kein Geschwür, sondern ein integraler und notwendiger Teil des Systems Kapitalismus.

de allerdings deutlich, dass es sich nicht „nur“ um eine „Finanzkrise“ handelte. Die ganze Weltwirtschaft war und ist betroffen, auch weil das Finanzkapital zentraler Bestandteil des Kapitalismus ist. Doch bis heute wird der Finanzsektor als besonders „böser“ Teil des Kapitalismus betrachtet.

Der Denkfehler liegt hier in der Annahme, es hätte je einen „besseren“ Kapitalismus gegeben. Im Kapitalismus ging es immer schon darum, Gewinne zu machen. Das Ziel war nie Wohlstand für alle, oder die Schaffung von Arbeitsplätzen. Produziert wurde und wird, um das eingesetzte Kapital zu vermehren – und zwar egal, ob dabei Mensch und Natur auf der Strecke bleiben.

Die immer wieder auftretenden Krisen des Kapitalismus liegen nicht an einer „falschen“ Wirtschaftspolitik, sie sind Systemfehler. Im Kapitalismus entstehen Krisen nicht aus Mangel, sondern weil sich Menschen die von ihnen produzierten

beitskraft. Die Unternehmen bereichern sich an den Beschäftigten und bezahlen nicht die von ihnen geschaffenen Werte. Sie streifen den „Mehrwert“ ein.

Eine kleine Schicht profitiert von den Reichtümern der Gesellschaft, die von allen geschaffen werden. Der gesellschaftlichen Produktion steht die private Aneignung gegenüber.

Nur menschliche Arbeit ist in der Lage, sich nicht nur zu reproduzieren (also zu erneuern), sondern neue Werte zu schaffen und so den gesellschaftlichen Reichtum zu vergrößern. Maschinen hingegen können nur die menschliche Arbeit, die in ihnen steckt, reproduzieren, schaffen also keine neuen Werte.

Zusätzliche Probleme entstehen durch den chaotischen Charakter des Kapitalismus: Informationen werden voneinander fern gehalten (Betriebsgeheimnis, Patente). Unzählige Genies können aufgrund ihrer Armut ihr Potential nicht entfalten. Konkurrenz



Neue Broschüre!
Die Krise des
kapitalistischen Systems
>> Sozialistische Antworten
A5, 44 Seiten
Preis €3.– plus Porto
Jetzt bestellen:
FB/slp.cwi oder unter
slp@slp.at

Pensionswesen und insbesondere die Öffnung dieser Bereiche für private – und logischerweise auch spekulierende – Unternehmen. Auch beim Aufblasen der Finanzblase waren Österreicher Banken seit Beginn der 1990er – vor allem in Osteuropa – massiv beteiligt.

Seit Beginn der Krise 2007/8 wird darüber debattiert, wie gegengesteuert werden kann.

Die österreichischen Unternehmen sind Täter, nicht Opfer, im globalen Kapitalismus.

In unzähligen Gipfeltreffen und „ExpertInnen“-Runden wurden verschiedene Maßnahmen bzw. Maßnahmenpakete diskutiert und auch beschlossen. Der bis dahin dominierende „Neoliberalismus“ wurde als Schuldiger ausgerufen und kritisiert. Doch das war v.a. auch eine propagandistische Maßnahme, um das kapitalistische System als Ganzes abzusichern. Tatsächlich sind viele der Maßnahmen, die seit Beginn der Krise gesetzt wurden, neoliberal (z.B. Arbeitszeitverlängerungen bzw. Flexibilisierungen und zahlreiche Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich).

Die Herrschenden in Europa bzw. Österreich haben viel über die „notigen“ Maßnahmen gestritten. Das spiegelt auch ihre Ratlosigkeit wider. Schritte, die ein Loch stopfen, reißen ein anderes auf. Die niedrigen Zinsen z.B. haben

zwar Kredite und Schuldentrückzahlung billig gemacht, aber auch dazu geführt, dass Kapital abfließt und sich profitablere Felder sucht. Ein Anheben der Zinsen erhöht die Schulden, verteuert Investitionen, erhöht die Inflation und erdrosselt ein ohnehin schwaches Wachstum. Die im Zuge der Basel-Abkommen fixierten strengeren Auflagen an Banken,

Arbeitslose oder steigende Armut.

Trotz staatlicher Unterstützung wird relativ wenig investiert, weil die Firmen nicht davon ausgehen, dass es ausreichend KäuferInnen für ihre Produkte gibt – das drückt kein Vertrauen in das eigene System aus!

Die Krise von 2007/8 ist nur scheinbar vorbei. Der Wirtschaftskrise ist die Krise des politischen Systems gefolgt. Die bürgerliche Demokratie ist in der Krise – aber nicht weil die Menschen sich nach einer Diktatur oder dem „starken Mann“ sehnen, sondern weil die Unzulänglichkeit und Abgehobenheit dieser beschränkten Form von Demokratie immer offensichtlicher wird. Die Herrschenden sind sich darüber uneinig, wie die Krisen des Systems behoben werden können – manche setzen auf mehr Repressionen, manche auf kleinere Zugeständnisse, um das Ganze zu retten. Einigkeit herrscht bei ihnen aber darüber, dass die Rettung des kapitalistischen Systems auf unsere Kosten gehen soll und muss.

Die nächste Rezession wird kommen – die Frage ist nur wann und wie tief sie sein wird. Wir sehen im Kapitalismus die Krankheit, an der wir alle leiden. Wir wollen nicht nur eine Linderung der Symptome, sondern eine wirkliche Heilung. Deswegen stellen wir für die Bekämpfung der Krise sozialistische Forderungen auf, die an den Bedürfnissen der Menschen ansetzen und mit der Logik des Kapitalismus brechen.



Marx aktuell

Von Marx und Engels ist keine einheitliche, geschlossene „Krisentheorie“ erhalten. Eine solche wäre auch unmöglich. Denn Krisen entstehen immer aus dem jeweiligen konkreten Zusammenwirken und Überlagern der allgemeinen Widersprüche des Kapitalismus. Das fängt damit an, dass im Kapitalismus jedes Produkt als Ware produziert wird – und einen (nicht messbaren) Gebrauchswert hat, aber auch einen (in Geld messbaren) Tauschwert. Der Gebrauch jedes Produkts ist also daran gebunden, dass die entsprechende Geldmenge, um es zu kaufen, gerade verfügbar ist. Damit sind die allgemeinen Voraussetzungen kapitalistischer Krisen geschaffen. Kann eine Ware nicht verkauft werden, ist das nicht nur ein Problem für jene, die sie bräuchten, aber kein Geld dafür haben – sondern auch für das ganze System.

Chaos, Krise, Kapital

In jeder Ware steckt nämlich ein Mehrwert. Der entsteht, weil ArbeiterInnen nicht für alles, was sie leisten, bezahlt werden – sondern tendenziell nur so viel, dass sie in der Lage sind, all das zu leisten. Damit dieser Mehrwert aber als Profit realisiert wird, muss die Ware verkauft werden. Jedes Unternehmen muss versuchen, mehr als die anderen zu verkaufen, um nicht vom Markt zu fliegen – also möglichst viel zu produzieren. Gleichzeitig kann gar nicht alles gekauft werden, weil wir nicht unsere gesamte geleistete Arbeit bezahlt bekommen. Immer ausgedehntere Kreditsysteme versuchen, diesen Widerspruch zu überbrücken, aber sie verschärfen nur die Wucht, mit der er in Krisen ausbricht. Da am Markt das Chaos-Prinzip „Alle gegen alle“ gilt, kommt es periodisch zu Krisen (Stichwort „Schweinebauch-Zyklus“).

Marx unterscheidet, als Zwischenschritt der Analyse, zwischen zwei „Abteilungen“ der kapitalistischen Wirtschaft – in Abteilung I werden „Produktionsgüter“ (z.B. Maschinen) erzeugt. In Abteilung II werden mit diesen Produktionsgütern dann Konsumgüter erzeugt. Kapital fließt in beide Abteilungen – je nachdem, wo man sich den höchsten Profit erwartet. Dadurch entwickeln sich aber beide chaotisch und in unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Jede Krise ist Ausdruck eines Missverhältnisses der beiden Produktionsabteilungen – etwa, wenn ganze Maschinenparks ungenutzt vor sich hin rosten – ebenso wie eines Missverhältnisses zwischen Produktion und Konsumtion innerhalb der Abteilungen. Gerade weil möglichst viele Konsumgüter verkauft werden müssen, müssen in deren Produktion immer leistungsfähigere Maschinen eingesetzt werden. Damit nimmt jedoch auch der Anteil menschlicher Arbeit, aus der der Mehrwert entsteht, im Verhältnis ab. Daher tendiert die „Profitrate“ dazu, zu sinken – auch das drückt sich in Krisen aus.

Die Krise ist die einzige Form, in der sich der Kapitalismus selbst „kontrolliert“ und korrigiert, wie Marx schreibt: *„Die Krisen sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen.“ Wohl gemerkt nur für einen Augenblick, denn „die kapitalistische Produktion strebt beständig, diese ihr immanenten Schranken zu überwinden, aber sie überwindet sie nur durch Mittel, die ihr diese Schranken aufs neue und auf gewaltigerem Maßstab entgegenstellen.“* (Karl Marx: Das Kapital, Band 3)

Sebastian Kugler



Es gibt diverse Lösungsansätze für die zunehmenden Probleme. Doch die meisten greifen die Grundwidersprüche im Kapitalismus nicht auf.

- Sozialistische Politik statt Keynes und Kreisky. Anstatt weitere Kürzungsmaßnahmen zu schlucken und „den Gürtel“ enger zu schnallen ist es nötig, dass wir eigene Antworten formulieren und notfalls auch erkämpfen.
- Vollbeschäftigung und Mindestlohn statt 60-Stunden-Woche, 12-Stunden-Tag, noch mehr Flexibilisierung und Arbeitslosigkeit. Die

darán, was Konzernchefs als „notwendig“ definieren, sondern daran, was die Menschen brauchen und was bei demokratischer Planung der Wirtschaft sinnvoll und machbar wäre. Eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich und der legale Arbeitsmarktzugang für alle in Österreich lebenden Menschen (um Schwarzarbeit zu verhindern) bekämpfen Arbeitslosigkeit wirklich. Ein Mindestlohn und ein Arbeitslosengeld von 1.700€ für alle können Niedriglöhnen, Lohndumping und den

den wahren Schuldigen abzulenken versuchen, müssen wir diese Spaltung bekämpfen und gemeinsam mit den ArbeiterInnen dieser Welt für ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem kämpfen.

- Gemeinsamer Kampf statt Bitten an den Staat richten. Die KapitalistInnen argumentieren, ein menschenwürdiges Leben für alle sei in der jetzigen wirtschaftlichen Situation nicht durchsetzbar. Das argumentieren sie IMMER – herrscht Krise, dann geht es nicht „weil wir ums Überleben

beim Kampf gegen die Angriffe von Regierung und Wirtschaft nicht auf Appelle und Argumente beschränken. Da die Interessen der ArbeiterInnenklasse gerade in Wirtschaftskrisen und wirtschaftlich angespannten Situationen grundsätzlich andere sind als jene der UnternehmerInnen, kann es auch keine Politik geben, von der beide Seiten profitieren. Die ArbeiterInnenklasse muss sich jede Verbesserung hart erkämpfen bzw. diese verteidigen – auch gegen den Widerstand der UnternehmerInnen und des bürgerlichen Staates.

- Wir stellen dem kapitalistischen Chaos das Konzept einer demokratisch geplanten Wirtschaft entgegen. Denn wenn der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die elementaren Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, braucht es offensichtlich eine Alternative. Und zwar eine, die sich nicht an kapitalistischen Beschränkungen orientiert.

- Diese Alternative müssen wir allerdings erkämpfen. Dazu brauchen wir Gewerkschaften, die ihren Namen auch verdienen, die sich wirklich für die Interessen der Beschäftigten einsetzen und nicht die ArbeiterInnenklasse in sozialpartnerschaftlicher Staatsräson einlullt.

- Gibt es keine Kampfpartei, dann müssen wir sie gründen. Der Rechtsruck der Sozialdemokratie nach dem Zusammenbruch des Stalinismus hat ein Vakuum hinterlassen: Die ArbeiterInnenklasse hat hierzulande niemanden, der ihre Interessen vertritt und keine Partei, in der sie in großer Zahl organisiert ist. Die SLP tritt für den Aufbau einer solchen neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche mit sozialistischem Programm ein. Eine solche Partei wird aus Kämpfen und Bewegungen entstehen.

- Eines der Opfer der Krise des Kapitalismus ist auch das Vertrauen in „das System“ und die etablierten Parteien. Das ist an sich nicht schlecht – doch solange es keine neue ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm gibt, können in das Vakuum rechtsextreme, neoliberale und wirre PopulistInnen stoßen.

Würden Sie einem Arzt vertrauen, der nur oberflächlich die Symptome einer Krankheit behandelt?

Arbeitslosigkeit steigt. Neue Jobs sind oft prekär, Leiharbeit, Teilzeit und scheinselbständig. Menschen gehen krank zur Arbeit, und die Arbeit macht sie durch den steigenden Druck krank. Bei längeren Arbeitszeiten und Lohnverzicht investieren Firmen selten in mehr Personal und noch seltener in solches mit ordentlichen Verträgen und Bezahlung. 12-Stunden-Tag, Flexibilisierung, Lohnverzicht und Teilzeit vernichten Jobs, machen krank und arm. Unsere Forderungen orientieren sich nicht

AMS-Schikanen einen Riegel vorschieben.

- Internationalismus statt Standortlogik und Rassismus Die KapitalistInnen reagieren auf eine Krise mit dem Rückzug auf ihre „Homebase“ – die jeweiligen Nationalstaaten, die sie durch ihre Wirtschafts- und Steuerpolitik schützen bzw. unterstützen. Unterstützt werden sie dabei von „ihren“ Regierungen. Doch die Krise des Kapitalismus ist eine internationale. Während die Regierungen dieser Welt mit gezielter Hetze gegen MigrantInnen von

kämpfen müssen“, herrscht Aufschwung, dann geht es nicht „weil wir konkurrenzfähig werden/bleiben müssen“. Es reicht also nicht, auf Ungerechtigkeiten hinzuweisen. Wenn sich die Forderungen von ÖGB, Attac & Co. aber an die Regierung richten, dann appellieren sie an genau jene, die nur der verlängerte Arm der Wirtschaft in der Politik sind.

- Verstaatlichen – demokratisch und sozialistisch – statt Verluste verstaatlichen und Gewinne privatisieren. Wir können uns

Wenn du weiter über unsere sozialistischen Antworten auf die Krise diskutieren willst. Wenn du aktiv werden willst gegen den Wahnsinn des Kapitalismus. Wenn du Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft werden willst. Dann melde dich bei uns und werde Teil der Sozialistischen Linkspartei.

Schulstreik gegen den Polizeistaat

„Big Brother is watching you,” lautet ein Spruch der herrschenden Partei in Orwells „1984“. Heute hieße es wohl eher: „Zur Abwehr einer [...] drohenden Gefahr für ein bedeutendes Rechtsgut [...] kann die Polizei auch Daten sicherstellen.“ Dieses Zitat stammt aus Artikel 25 der neuen Fassung des bayrischen Polizeiaufgabengesetzes (PAG). Die Polizei kann von nun an selbst im Falle einer lediglich drohenden Gefahr Daten einsehen – aber auch löschen und verändern. Mit einer Meldeanordnung kann eine Person verpflichtet werden, über einen längeren Zeitraum regelmäßig bei einer Polizeidienststelle zu erscheinen. Zudem kann die Polizei nun eine zeitlich unbegrenzte Vorbeugehaft verhängen, die alle drei Monate richterlich verlängert werden kann.

An Münchner Schulen war diese Gesetzesänderung ein großes Thema, wobei die SchülerInnen fast durchgehend dagegen waren. Es gab grundsätzlich einen Wunsch, etwas dagegen zu tun, und schließlich wurde in der Woche vor der Verabschiedung am 15. Mai über WhatsApp für einen Schulstreik am Tag der Verabschiedung mobilisiert. Trotz des engen zeitlichen Rahmens war das Ergebnis beacht-

lich – am Pestalozzi-Gymnasium streikten sogar 150 SchülerInnen (15,6 %). Die streikenden SchülerInnen machten die wertvolle Erfahrung der Selbstorganisation und wurden politisiert – viele von ihnen nahmen auch am Vernetzungstreffen zum nächsten Schulstreik am 22. Juni teil, bei dem es um die Abschiebungspolitik der Landesregierung ging.

Der Schulstreik hat aber v. a. durch das repressive Vorgehen der Polizei gezeigt, welche Rolle der Staat im Kapitalismus hat und in welche Richtung die Änderungen gehen. Einem Schüler fiel sein Schild von der Stange, die daraufhin von der Polizei als Waffe ausgemacht wurde. Ebenfalls aufschlussreich war das Vorgehen im Luisengymnasium, wo die SchülerInnen beinahe eingesperrt wurden und durch die Fenster herausklettern mussten. Die Nation dient der Sicherung der Herrschaft der KapitalistInnen (u. a. durch die Zerschlagung von Basisinitiativen und sozialen Bewegungen), und das Bildungssystem dient dazu, junge Menschen in das hierarchische System zu integrieren. Gut, dass die bayrischen SchülerInnen dagegen aufstehen.

Leon Neureiter



Wohin treibt der Donaukanal?

Der öffentliche Raum und dass man sich dort auch ohne etwas zu kaufen aufhalten kann steht immer

Lokalen entstanden. Viel mehr ist es ein Ausdruck davon, dass immer mehr Menschen zu wenig Geld

Privatisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Raums findet in allen größeren Städten statt.

mehr unter Druck – z.B. am Wiener Donaukanal. Parallel zur Ausbreitung von großen und teuren Lokalen am Donaukanal ist über die letzten Jahre etwas anderes aufgetaucht: die BiervverkäuferInnen. Das Bier um 2€ ist nicht bewusst aus einer Gegenbewegung zu den über- teuerten Getränken in den

haben. Reich wird dadurch wohl niemand – im Gegensatz zu den großen Gastro-Betrieben. Das billige Bier wurde erfreut vom öffentlichen Donaukanal angenommen. Für die Wirtschaft ist es ein Feindbild. Auf gastroneWS.wien wettert Peter Dobcak – er kandidierte im Oktober für die ÖVP und ist stellvertreten-

der Obmann bei der Wirtschaftskammer – gegen die „Biermafia“ und die Menschen die den Donaukanal „verschmutzen“. Was sich dort abspielt bezeichnet er als ein „entwürdigendes Schauspiel“. Was die Besitzer der Gastronomie wünschen, setzt die rot-grüne Stadtregierung um. Seit Juni gibt es Razzien gegen die VerkäuferInnen, die Polizei ist viel präsent. Bürgermeister Ludwigs neuer Slogan ist „Wien ist, was wir daraus machen.“ Stimmt – sie wollen den Donaukanal und Wien als Ganzes als profitablen Standort ausverkaufen. Davor wollen wir die Stadt verteidigen!

Stefan Gredler

Nach Irland ein weiterer Erfolg für Frauen in Argentinien!

Der 13. Juni stellte den Höhepunkt der argentinischen Bewegung für die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen dar. Der Kongress stimmte in knapper Mehrheit für den Gesetzesentwurf einer legalen, risikofreien und kostenlosen Abtreibung, der Senat muss noch abstimmen. Dies ist jedoch nicht auf einen plötzlichen Sinneswandel der Abgeordneten zurückzuführen, die in den letzten 13 Jahren sechs ähnliche Vorschläge

abgelehnt hatten. Sondern das ist Ausdruck einer jahrelangen Mobilisierung, u.a. seit 2015 in der Bewegung Ni Una Menos (Keine Weniger). Es stehen v.a. junge Frauen und Mädchen an der Spitze der Bewegung, da sie von dieser Kriminalisierung am meisten betroffen sind. In vielen Bildungseinrichtungen ist ein Meer an grünen Tüchern zu sehen, das Symbol der Legalisierungskampagne.

#AbortoLegalYa
Monika Jank

Kämpfer des Monats



Tohil Delgado ist Mitglied der SLP-Schwesterorganisation im Spanischen Staat. Vor acht Jahren schritt er ein, als ein Polizist in Madrid auf offener Straße eine junge Immigrantin verprügelte. Nun drohen dem bekannten Gewerkschaftsaktivisten wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ drei Jahre Haft. Unterstütze die internationale Solidaritätskampagne:

www.sindicatodeestudiantes.net/juicio-tohil/view/form





Irland: Historischer Sieg für Frauen

Am 25. Mai wurden Abtreibungsverbot und „Artikel 8“ mit überwältigender Mehrheit von 66% abgelehnt. Die Bedeutung dieses Sieges nach Jahrzehnten von frauenverachtender Politik durch die katholische Kirche ist enorm. Diese katholische Kirche betrieb die furchtbaren Magdalenenheime und Mutter-Kind-Heime, die für Frauen massives Leid bedeuteten. Beim Referendum ging es auch um den Bruch damit. 90% der 18-24jährigen, 80%

ten über soziale Medien, da sie in den etablierten Medien nicht gehört wurden. Die kämpferische Bewegung macht klar: „Wir werden sexistische Unterdrückung nicht länger akzeptieren“. Das wurde auch von den explosiven #IBelieveHer Protesten bestätigt, die in Folge des skandalösen Verfahrens bei einem Vergewaltigungsfall in Belfast aufbrandeten. Die selbe Militanz hat sich auch in den Kämpfen um #MeToo und Trans Rechte gezeigt, so-

illegalen Abtreibungspillen. Wir organisierten Infotische in Stadtzentren und sammelten tausende Euro für die Kampagne. Hunderte verteilten ROSA-Flugblätter, gingen von Haus zu Haus und hängten 8.000 Plakate auf. Eine weitere Aktion war ein 10km langer Marsch zum Flughafen in Solidarität mit jenen Frauen, die für Abtreibungen ins Ausland fahren müssen. SchülerInnen gestalteten und verbreiteten ein Video, in dem die

Die offizielle „Gemeinsam für Ja“ Kampagne beschränkte sich auf „Härfälle“ wie Vergewaltigung, Inzest und medizinische Indikation. Sie sagten ihren AktivistInnen sogar, sie sollten die Wörter „Abtreibung“ und „Repeal“ nicht in den Mund nehmen. V.a. Jugendliche waren darüber enttäuscht.

Es ist ein Sieg der Jungen und der Basis-AktivistInnen. Die rechte Gewerkschaftsführung spielte kaum eine Rolle. Die etablierte Politik versuchte zu bremsen und die etablierten Parteien stimmten wiederholt gegen das Recht auf Abtreibung. Premier Varadkar und Gesundheitsminister Harris, die nun als „Helden“ gefeiert werden, haben erst vor sechs Monaten, als die Stimmung klar war, eine 180 Grad Wende gemacht.

Nun müssen die Gesetze rasch umgesetzt werden. Doch dabei können wir nicht stehen bleiben. Auch wenn Abtreibung entkriminalisiert wird, bedeutet das nicht, dass sie auch verfügbar ist. Das Gesundheitssystem ist in Hand der katholischen Kirche – der Kampf muss also weitergehen, für eine Trennung von Kirche und Staat, für Aufklärung an Schulen, gratis Verhütungsmittel und gratis Zugang zu Abtreibungen im Gesundheitssystem. Das bedeutet auch, dass

letzteres aus den Händen der Kirche genommen werden und das öffentliche Gesundheitswesen entsprechend ausgebaut werden muss. V.a. Jugendliche verlangen eine komplette Trennung von Kirche und Staat – was ein massives Problem für das Establishment ist!

Das Referendum hat den Kampf für eine Abschaffung des Abtreibungsverbotes in Nordirland befeuert, wo Abtreibung seit 1861 illegal ist (im Gegensatz zu Großbritannien, Anm.). ROSA organisierte dort direkt nach dem Referendum weitere Aktionen. Erfolg ist möglich, wenn der Kampf konsequent geführt wird. Das kann auch andere Kämpfe inspirieren – Fragen von Wohnungslosigkeit, prekären Jobs, sexueller Belästigung und die brutale Behandlung von Asylsuchenden wird nun lebhaft diskutiert – wie auch die Frage, welcher Kampf nötig ist, um Unterdrückung und Ausbeutung zu beenden. Die Bewegung in Irland ist Teil einer globalen neuen feministischen Welle. ROSA versucht diesen Kampf zu unterstützen und dazu beizutragen, dass er im Herzen antikapitalistisch und sozialistisch feministisch ist.

Keishia Taylor,

Socialist Party Ireland
www.socialistparty.ie
 ROSA – www.rosa.ie

Das Referendum brachte ein „Ja“ für das Recht auf Abtreibung – der Kampf um die Umsetzung geht weiter.

in den ArbeiterInnenbezirken in Dublin und eine große Mehrheit aller Altersgruppen, außer den über 65jährigen, stimmten für die Aufhebung des Artikel 8.

Nach dem Tod von Savita Halappanavar 2012, einem Opfer von Artikel 8, brach eine Bewegung von unten aus. Sie wurde getragen von jungen Menschen, Frauen, LGBT-AktivistInnen und Menschen aus der ArbeiterInnenklasse. Jugendliche trugen „Repeal the 8th“ (so heißt die Kampagne der sozialistisch-feministischen Organisation ROSA) an Schulen und Unis. Mutig teilten viele ihre Erfahrungen mit ungewollten Schwangerschaft-

wie in den Bewegungen gegen Frauenunterdrückung in Spanien, Lateinamerika und Polen. All das inspirierte die Menschen in Irland.

Die Parlamentsabgeordneten von Solidarity spielten, gemeinsam mit ROSA, eine zentrale Rolle. Ruth Coppinger, Paul Murphy und Mick Barry – Mitglieder der Socialist Party – waren DIE Stimmen der ArbeiterInnenklasse und der Bewegung für Repeal im Parlament. Die Time4Choice Kampagne setzte auf kreative Proteste, inspiriert vom TV Drama A Handmaid's Tale (im deutschsprachigen TV: Der Report der Magd). Teil der Kampagne war die Ausgabe von sicheren aber

nicht wahlberechtigten Jugendlichen die Wahlberechtigten auffordernden, für JA zu stimmen.

ROSA kämpft auf Basis eines sozialistisch-feministischen Programms. Wir fordern freien Zugang zum Gesundheitswesen, Verhütung, Kinderbetreuung, Wohnen und sichere, gut bezahlte Jobs. Dass ROSA auch für wirtschaftliche Sicherheit und sexuelle Befreiung sowie Freiheit von Repression kämpft, spricht junge Frauen und LGBT+ Personen sehr an, weil das Fragen sind, die dieser Generation unter den Fingern brennen. Und ROSA bietet eine Strategie, wie das erkämpft werden kann.

Die Türkei nach den Wahlen

Wie bewertest Du das Wahlergebnis?

Ismail Okay von Sozialist Alternatif CWI in der Türkei): Hintergrund war die Einführung des präsidentiellen Systems nach dem Referendum 2017 – und dass sich die Wirtschaft in Richtung Krise entwickelt. Erdogans Regime ist zwar gefestigt, braucht aber das Bündnis mit der nationalistischen MHP. Die will ein noch härteres Vorgehen gegen die KurdInnen. Die Zeiten für Linke werden schwieriger, aber es gibt funktionierende Gewerkschaften, linke Parteien und Organisationen. Jetzt geht's darum, eine starke, unabhängige politische Kraft der ArbeiterInnenklasse aufzubauen. Die Folgen der wirtschaftlichen Krise werden ArbeiterInnen und arme Menschen, die teilweise noch Illusionen in das Regime haben, stark erschüttern.

Wie ist das Ergebnis der HDP einzuordnen?

Die HDP war als einzige Partei an keinem Wahlbündnis beteiligt und ist jetzt die dritte Kraft im Parlament. Und sie hat viele VertreterInnen anderer linker Kräfte auf ihre Liste genommen und ist faktisch ein linkes Bündnis. Das ist bedeutsam für den Aufbau einer starken linken Kraft, die die kurdische und türkische ArbeiterInnenklasse und die Armen zusammen-

bringen kann. Für viele gilt die HDP als legaler Arm der PKK. Trotzdem konnte sie zulegen. In den kurdischen Gebieten gab es auch Verluste: eventuell wurde sie aufgrund ihrer Linksentwicklung von konservativeren KurdInnen nicht gewählt. Hauptgrund ist aber der Druck durch die militärische Besatzung in den kurdischen Gebieten. Im Westen hat die HDP zugelegt, auch weil türkische ArbeiterInnen ihre Berührungsangst vor der HPD überwunden haben.

Was jetzt?

Sozialist Alternatif hat gleich nach der Ankündigung der vorgezogenen Wahlen für ein Bündnis von HDP und linken Kräften geworben. Jetzt kommt die schwierigste Aufgabe: Das linke Bündnis stärken und in eine echte sozialistische Kraft verwandeln, die einen Kampf gegen die Auswirkungen der kommenden Krise und das kapitalistische System führt. Die Regierung wird bald Maßnahmen zu Lasten der ArbeiterInnen beschließen. Die HDP und die linken Kräfte müssen rasch einen Plan erstellen, wie man den Kampf in- und außerhalb des Parlaments verbinden kann. Dafür wäre eine schnell einzuberufende Konferenz ein wichtiger Schritt.



Jugendproteste in Bosnien

Die Republik Srpska, der mehrheitlich serbische Teil von Bosnien-Herzegowina, wird seit Anfang April durch anhaltende Proteste erschüt-

es auch zahlreiche Solidaritätsbekundungen aus ganz Bosnien, dem restlichen ehemaligen Jugoslawien und sogar Wien.

schnell könnten sich diese Proteste radikalisierten und ausweiten. Denn der Unmut gegen die Perspektivlosigkeit in Bosnien ist hoch, viele Junge verlassen das Land. Am Balkan ist Korruption ein großes Thema. Ein Blick nach Serbien oder Rumänien zeigt, dass solche Bewegungen gegen Korruption die Herrschenden ins Wanken bringen können.

Tausende protestieren in Bosnien gegen Polizei, Korruption und Regierung.

tert. Auslöser war der Mord an einem 21-Jährigen, über den die Polizei widersprüchliche Berichte veröffentlichte. Dies führte zu Protesten von v.a. Jugendlichen, die der Polizei Korruption vorwerfen. Auch die Regierung, welche die Behörden verteidigt, wird kritisiert. Laut den VeranstalterInnen gibt

Im Herbst dieses Jahres stehen Wahlen an und die Regierung befürchtet, durch die Proteste geschwächt zu werden. So wird von ihr behauptet, dass die Demonstrationen von ausländischen Geheimdiensten gesteuert würden. Das zeigt, welche Angst die Herrschenden haben, und das zu Recht, denn

Doch damit dies gelingen kann, ist es notwendig, dass sozialistische Kräfte vor Ort soziale Forderungen in die Bewegung hineinbringen und mit anderen sozialen Bewegungen in der Region vernetzen.

Nicolas Prettnner

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

SAFTU-Streik in Südafrika

Am 25. April beteiligten sich zehntausende ArbeiterInnen an landesweiten Streikdemonstrationen der linken, kämpferischen Gewerkschaft SAFTU. Sie forderten v.a. eine Erhöhung des Mindestlohnes, der momentan bei gerade 1,25€/Stunde liegt. Begleitet wurde der Streik von Einschüchterungen durch die Polizei und Einschränkungen des Streikrechts durch die Regierung. Die WASP (Partei der ArbeiterInnen und Sozial-

istInnen, CWI in Südafrika), nahm führend an der Organisation des Streiks teil. Vor allem arbeitet die WASP daran, KollegInnen in anderen Gewerkschaftsverbänden, die von ihrer zurückhaltenden Gewerkschaftsführung enttäuscht sind, zu erreichen. Auch die Forderung nach einer neuen sozialistischen ArbeiterInnenpartei wurde eingebracht, da auch eine politische Vertretung nötig ist.

workerssocialistparty.co.za

London für TamillInnen

Am 16. Juni fand in London der Tamil Solidarity Day statt. Organisiert wird er von der Kampagne Tamil Solidarity (TS), die 2009 auf Initiative der Socialist Party (CWI in England und Wales) entstand. Es fand eine Reihe von Diskussionen statt, an denen auch VertreterInnen anderer tamilischer Organisationen teilnahmen. Bemerkenswert war auch die Teilnahme von britischen Gewerkschafts-

rInnen und die Debatte über die Lage der tamilischen ArbeiterInnen in Britannien. Ein wichtiger Ansatz von TS ist es, den Kampf für die Rechte der TamilInnen nicht isoliert von den sozialen Bewegungen in Britannien zu führen. Genauer über TS und die Lage in Sri Lanka und Indien kannst du am Sommercamp der SLP (19.-26. August) erfahren.

www.socialistparty.org.uk
www.tamilsolidarity.org

Israel / Gaza

Die israelische Gewalt gegen die Massenproteste in Gaza führte auch in Israel zu Demonstrationen. Socialist Struggle Movement (CWI in Israel/Palästina) beteiligt sich aktiv und macht klar, dass Protest kein Terror ist. Weil die größte Bedrohung der Menschen in Israel die Politik der israelischen Regierung ist, braucht es auf beiden Seiten der nationalen Trennlinie den Kampf für sozialistische Veränderung.

socialism.org.il



Die deutsche Linkspartei als Vorbild?

Aktuell hat die LINKE über 60.000 Mitglieder und ist seit den letzten Bundestagswahlen die am schnellsten wachsende Partei. Gleichzeitig fällt sie in den letzten Monaten immer wieder durch harte interne Auseinandersetzungen auf. Ein Grund, sich damit zu beschäftigen, was wir von der LIN-

in ihrem Kampf für mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen unterstützt und an der Seite streikender Belegschaften steht.“

Trotzdem gibt es in der LINKEN noch immer eine zu starke Orientierung auf parlamentarische Arbeit und Wahlen anstatt auf die Verankerung in Betrieben

erzielt werden. Im Osten, wo die Partei aus historischen Gründen stärker ist, hat eine angepasste Politik und Regierungsbeteiligung (in Thüringen stellt sie sogar den Ministerpräsidenten) dazu geführt, dass viele WählerInnen zur AfD überlaufen.

Leider unterscheidet sich die Regierungspoli-

Doch die Stärke des Rechtspopulismus entsteht durch rechte Scheinantworten auf mit der Migration verbundene soziale Fragen und v.a. weil er sich am stärksten als „Anti-Establishment“ präsentiert. Diese Stimmung kann nur durch ein sozialistisches Programm bekämpft werden und nicht durch die Legitimierung von rechten Forderungen oder angepasste Politik. Deshalb fordert die SAV: „DIE LINKE sollte weiterhin erste Ansprechpartnerin für Proteste gegen Rassismus und AfD sein, aber auch ganz konkrete Aktionen zur Verteidigung von Geflüchteten und von Abschiebung bedrohten Menschen durchführen.“ ... „Unsere Forderungen nach Abzug der Bundeswehr von ihren Auslandseinsätzen, einem Verbot von Waffenexporten und radikaler Abrüstung sollten wir mit der Forderung nach der Entzerrung der Rüstungsindustrie und der Umstellung der Produktion auf zivile Güter bei Erhalt aller Arbeitsplätze ergänzen. Aktionen gegen Bundeswehr-Werbung an Schulen, die Verschiffung von Rüstungsexporten und Unterstützung von Antikriegsprotesten sollten eine höhere Priorität bekommen.“

Die Auseinandersetzungen sind kompliziert

und die Linien teilweise widersprüchlich. Sozialistische Lippenbekenntnisse und Sonntagsreden helfen aber wenig: Im Endeffekt geht es um die Frage, ob es die Aufgabe einer Linkspartei ist, einen Kampf für die Überwindung des Kapitalismus zu führen oder lediglich dessen schlimmste Auswirkungen abzumildern. Internationale Beispiele wie Syriza in Griechenland zeigen, dass es in der aktuellen Situation nicht möglich ist, relevante Verbesserungen durchzusetzen oder langfristig zu verteidigen, ohne das gesamte System zu überwinden und die Macht der Banken und Konzerne zu brechen. SozialistInnen müssen sich für so ein Programm einsetzen, z.B. wurde auf dem letzten LINKE-Parteitag durch eine Initiative der AKL die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien in den Leitantrag aufgenommen.

Wenn wir den Kapitalismus überwinden wollen, brauchen wir eine Partei, die Menschen in ihren Nachbarschaften, Betrieben, Schulen und Unis organisiert, die für internationale Solidarität mit allen Unterdrückten steht und offen für Sozialismus eintritt – in Deutschland, Österreich und International.

Christoph Glaninger

Eine Partei wie die LINKE in Deutschland wünschen sich angesichts der FPÖVP-Regierung viele.

KEN lernen können. Aber auch damit, was unsere Schwesterorganisation, die Sozialistische Alternative (SAV), die auch Teil der zweitgrößten Parteistromung, der Antikapitalistischen Linken (AKL) ist, innerhalb der LINKEN einbringt.

Lucy Redler, SAV-Bundessprecherin und Mitglied im LINKE-Parteivorstand zum 10-jährigen Bestehen: „DIE LINKE ist heute die einzige linke Opposition gegen Militarisierung, Krieg und Sozialabbau im deutschen Bundestag. Sie hat die Einführung des Mindestlohns, auch wenn dieser noch viel zu niedrig ist, mit vorangetrieben. DIE LINKE ist die einzige Partei, die KollegInnen in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen tatkräftig

und die Unterstützung von sozialen Bewegungen. Deshalb schreibt die SAV auch: „Pflege und Wohnen sind die beschlossenen Schwerpunkt- und Kampagnenthemen der Partei. Das sind genau die Themen, an denen es viel Bewegung und eine große gesellschaftliche Sensibilität gibt. DIE LINKE kann sich nicht nur mit klaren Forderungen und Konzepten als Vertreterin der Interessen von Beschäftigten, PatientInnen und MieterInnen profilieren, sondern auch als Dienstleisterin und Motor der Bewegungen.“

Auch ein Blick auf die letzte Bundestagswahl zeigt: In Westdeutschland, wo die Partei eher auf Opposition und soziale Proteste setzt, konnte ein Stimmenzuwachs

tik der LINKEN in Berlin und einer Reihe von ostdeutschen Bundesländern nur um Nuancen von Anderen, auch hier wird abgeschoben und privatisiert. Die LINKE wird zum Verwalter bestehender Missstände, anstatt diese zu bekämpfen. Gleichzeitig führt die Regierungsbeteiligung dazu, dass sie mittlerweile als Teil des Establishments gesehen wird.

Aktuell fällt die LINKE vor allem durch Debatten zu Flucht und Migration auf. Einige rund um die Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht (die lange als Linke in der Partei galt) argumentieren, dass man AfD-WählerInnen nur durch eine Abschwächung der migrationspolitischen Forderungen zurück gewinnen kann

Der aktuelle SLP-Lesetipp

Zeitgleich mit dem Aufstieg des Faschismus in Europa musste die ArbeiterInnenbewegung eine Kampfstrategie gegen ihn finden. Dafür war es notwendig, ihn zu analysieren: Die Gründe für sein Entstehen, seinen Klassen-

in Deutschland, Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?, Gespräch mit einem sozialdemokratischen Arbeiter sowie Der einzige Weg.

Trotzki zeigt auf, wie gerade aus der instabilen Weimarer Republik

Führung stolperte stattdessen von einem Fehler zum nächsten und so konnte die Spaltung in der ArbeiterInnenbewegung nicht überwunden, sondern nur vertieft werden.

Trotzkis Texte sind nicht nur von historischem Interesse. Auch wenn FaschistInnen heute längst nicht so stark sind, ist die marxistische Methode im Kampf gegen Rechts unerlässlich: Gesellschaftliche Veränderungen nicht in starren Schemata, sondern als konkrete, lebendige Widersprüche zu begreifen, Entwicklungstendenzen festzumachen und politische Vorschläge für die ArbeiterInnenbewegung abzuleiten, um erfolgreich zu sein.

138 Seiten um €8,90
Manifest Verlag
ISBN 978-3-96156-046-2

„Wie wird der Faschismus geschlagen?“ – Textsammlung zu Faschismus und Einheitsfronttaktik von Leo Trotzki.

charakter, sein Verhältnis zu anderen Klassen, seine Ziele und Methoden zu begreifen. Steve Hollasky leitet die Textsammlung des Manifest Verlages ein. Es folgen: Porträt des Nationalsozialismus, Bonapartismus und Faschismus, Die Wendung der Komintern und die Lage

der Faschismus aufsteigen konnte. Die Texte beschäftigen sich auch mit der Notwendigkeit einer „Einheitsfront“ von KPD und SPD. Trotzki orientierte sich dabei nicht an der Führung, sondern der Basis der SPD und trat für Aktions- und Kampfbündnisse ein. Die KPD-

Internationales Treffen des CWI

Jedes Jahr im Sommer findet eine Schulung des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (CWI) statt. AktivistInnen aus allen europäischen und vielen Sektionen und Gruppen aus Übersee kommen für eine Woche intensiver Debatten zusammen. Klar, es macht Spaß, mit gleichgesinnten zu reden, an den Abenden zu chillen oder bei der solidarischen WM mit zu kicken. Aber es geht um

mehr – den Austausch von Erfahrungen, um daraus zu lernen: Der Umgang mit der Nationalen Frage in Schottland und Katalonien. Die Arbeit von sozialistischen Stadträten in den USA, Schweden und Irland. Die neue Frauenbewegung und ihre Forderungen. Perspektiven für die Weltwirtschaft und die EU. Der Aufstieg des Rechtsextremismus und wie dagegen kämpfen. All das und

noch viel mehr wird diskutiert. Alle wollen eines: Möglichst gut gerüstet sein für den Kampf gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Gesellschaft. Darum wird fleißig mitgeschrieben und viele Zeitungen und Bücher aus anderen Ländern eingepackt. Denn um die Welt zu verändern braucht es auch das theoretische Rüstzeug – und das gibt es bei der Sommerschulung des CWI.

Für eine Gewerkschaftslinken – Unterstütze den Aufbau

Es weht frischer Wind in der Gewerkschaftsbewegung: Unter dem Namen „ÖGB aufrütteln“ haben sich BasisaktivistInnen und BetriebsrätInnen zusammengetan, um für einen offensiven Kurs gegen die Angriffe der Regierung zu kämpfen. Damit wir möglichst viele KollegInnen erreichen können, braucht die Kampagne Material und Ressourcen – vom Flugblatt bis zum Lautsprecherwagen. Kämp-

ferische Gewerkschaftsarbeit kann sich langfristig immer nur von unten finanzieren, nicht durch Anzeigen oder Großspenden. Die SLP unterstützt „ÖGB aufrütteln“ und lädt Dich zur Mitarbeit und zum Spenden ein. Spende mit dem Verwendungszweck „ÖGB Aufrütteln“ – wir leiten jeden Cent zu 100% weiter.

IBAN: AT256000000000
8812733
BIC: OPSKATWW



Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeden 2. Donnerstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Habert Café'
Salzkammergut Einkaufspark

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Café Stockwerk'
Jakominiplatz 18

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

VÖCKLABRUCK

SLP-Ortsgruppe
jeden 2. Donnerstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Café zur Brücke'
Vorstadt 18

WIEN

SLP-Ortsgruppen
Von 14.7. bis 26.8.
Sommerpause

Veranstaltungen:
26.7., 19⁰⁰ Uhr
Widerstand International
SLP-Büro, 20, Pappenheimg. 2/1
2.8., 19⁰⁰ Uhr
Kämpferische Gewerkschaften
Mit Rob Williams vom
National Shop Steward Network
SLP-Büro, 20, Pappenheimg. 2/1
9.8., 19⁰⁰ Uhr
Wie der Regierung einen heißen Herbst bereiten?
Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

Termine und
Veranstaltungen:
www.slp.at



Andere über uns



ÖSTERREICH berichtete von der Demo gegen die Angriffe der Regierung auf die Bildung, welche die SLP mitorganisierte. Der Artikel meint, dass sowohl SLP als auch ChristgewerkschafterInnen die Pläne ablehnen – im Interview daneben spricht sich FCG-Chef Kimberger aber gegen Kampfmaßnahmen aus. Wir werden jedoch auch weiterhin mit kämpferischen KollegInnen, auch aus der FCG, gemeinsam Kämpfe organisieren.

Gibt es nicht aus Profitstreben; gibt es aus Überzeugung.



> Berichte
> Analysen
> Hintergründe
aus sozialistischer Sicht.

VORWÄRTS jetzt abonnieren!



Normal-Abo: € 24,-
Sozial-Abo: € 14,-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7,-/Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 256000000000 8812733
BIC: OPSKATWW

www.slp.at | slp@slp.at | [f /slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)



Demo des Aktionsbündnisses Bildung

Mehr auf Seite 5

Gegen die Gipfel

der Eliten!

Nein zu Abschottung, Kürzungspolitik und Repression!

Wenn die PolitikerInnen in Europa über „Sicherheit“ reden, dann geht es ihnen um Aufrüstung, nicht um Jobs!

Am 20. September treffen sich die Staats- und Regierungschefs der EU in Salzburg zu einem inoffiziellen Gipfel. Die Themen: „Bekämpfung der illegalen Migration“ und „innere Sicherheit“, um „ein Europa, das schützt“. Betrachtet man die bisherige Politik der EU, wie die der

einzelnen Mitgliedsstaaten, wird schnell klar, wer oder was geschützt werden soll: die Profite der Reichen und Superreichen.

Auch bei anderen Gipfeln im Zuge der österreichischen EU-Präsidenschaft wird es vordergründig um „Migration“ gehen und hinter

den Vorhängen wird der neoliberale Umbau weiter vorangetrieben. Die rassistische und repressive Politik soll auf ganz Europa ausgeweitet und besser koordiniert werden. Doch gegen diese Politik und diese Gipfel gibt es Proteste – in Wien, Salzburg und in anderen Städten.

Die SLP stellt sich gegen eine EU der Banken und Konzerne und für ein solidarisches Europa und eine sozialistische Welt. Wir wollen gemeinsam mit Jugendlichen, SchülerInnen, Lehrlingen und Studierenden eine kämpferische Kampagne organisieren, die soziale Be-

wegungen und auch internationale Kämpfe in den Mittelpunkt stellt. Lasst uns die Proteste vernetzen und gemeinsam mehr Geld für Bildung, Soziales und Wohnen für alle erkämpfen – werde auch du mit uns aktiv!

Moritz Bauer

Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.